

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Kfl. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 31. August 1932

Nummer 70

Unser Verband in schwerer Zeit

Betrachtungen zum Jahresbericht

Der Jahresbericht unseres Verbandes für 1931 ist mehr als nur ein Bericht über die Leistungen des Verbandes während des verflossenen Jahres. Er ist ein Tabellenwerk, Statistik und Lehrbuch für Anschauungsunterricht. Er ist das Leben und Treiben der arbeitenden, arbeitslosen und inaktiven Kollegen selbst. Er ist das Dokument, das dem Arbeitslosen auf der Landstraße und am Ort, in Provinz und Großstadt zuruft: Kollege, du bist nicht verlassen! Wenn die Invaliden allmonatlich ihre „Rente“ abholen, so erscheint ihnen dies so selbstverständlich, als müßte es so sein. Es ist derselbe Geist der Selbstverständlichkeit, der Solidarität, der auch aus dem Jahresbericht 1931 spricht. Der Geist der Buchdrucker Deutschlands wird zusammengefaßt am Ende des Jahres in dem Jahresbericht. Er spricht weiter nichts, als: Kollegen, das habt ihr geleistet; es ist der Geist der Nächstenliebe, der Kameradschaft, der Kollegialität, des Stolzes auf die Kraft des Verbandes, von dem zu wünschen wäre, daß jeder Minister in Deutschland ihn in die Hand nehmen und studieren würde. In diesem Jahresbericht findet er die Konzentrationspolitik, die Nationalität, nach der der Kopf der Regierung sucht.

Wird das Lesen dieses Jahresberichts von einem Kollegen verkannt, so schädigt sich jeder Kollege selbst. Der Geist geht für ihn verloren, der diesen Jahresbericht durchweht. Das Studium, gewissenhaft und gründlich vollführt, gibt Anschauungsunterricht nicht nur für städtige Stunden, er gibt dauernde geistige Werte.

Befehden sehen sich die Kollegen, die man so gern „Bongen“ nennt, beiseite, sie stellen sich in den Hintergrund, sie wollen nicht gelobt, geschmeichelt sein. Sie haben nur ihre Pflicht erfüllt. Sie haben aber mehr geleistet, als nur ihre Pflicht erfüllt, sie haben Opfer gebracht. Wieder etwas, das man so gern als Selbstverständlichkeit betrachtet, sie werden ja dafür „bezahlt“. Nein, Kollegen! Was unsere „Bongen“ leisten, das ist mehr. Das kann ihnen in „Gehalt“ gar nicht ausgeglichen werden. Dafür müssen wir ihnen unsere Achtung zollen, ihnen dankbar sein. Ehre, dem Ehre gebührt.

Der Jahresbericht verlangt, daß er nicht nur flüchtig gelesen, sondern eifrig studiert wird. Der Geist, den wir durch das Studium herausholen, ist Bereicherung unseres Wissens. Er gibt die Kraft, die wir brauchen, um auch fernerhin stark und gerüstet zu sein für die Gefahr, die uns droht, wenn der Verband irgendwie angegriffen werden sollte von den Gegnern, die nach schwachen Stellen ausschauen, um unsern Verband zu Fall zu bringen. Wir sind sicher, daß dies nie und nimmer der Fall sein wird!

Der Jahresbericht ist nicht nur Anschauungsunterricht für den Geist der Kollegialität, er ist auch Anschauungsunterricht für die Technik der Kunst des Tabellenlesens, er ist in seinen Zahlenformeln Unterricht in der Mathematik, der Mathematik, von der schon Kant sagt, daß sie, diese Mathematik, der Stolz der menschlichen Vernunft sei.

Dieser Jahresbericht enthält auch das BI, die Knochenhämmer für die Kraft unseres Willens. Unser Wille kann sich stärken, er kann sich ausweiten, um immer stärker zu werden, um die Pflichten zu überwinden, die uns in unserm Existenzkampf noch bevorstehen. Die jungen Kollegen, denen es noch schwer fällt, geistige Sätze zu formen, hier können sie sich bilden an den Sätzen, die den Inhalt des Jahresberichts aufbauen, nicht nur in technischer, sondern auch in geistiger Beziehung.

Er ist auch der Finger, der sich warnend gegen unsre Gegner hebt. Hütet euch, unsren Verband an-

zutasten! Hütet euch, ihr seid gewarnt! Für uns Kollegen ist unser Jahresbericht das Dokument, das uns unsre Freiheit als freie Arbeiter gewährleistet, er ist das Dokument, das uns die Sicherheit gibt, die Pioniere der Arbeiter zu sein, die wir sind und die wir bleiben wollen. Es ist dies keine Uberschwenglichkeit, sondern die Ruhe der Sicherheit, die unsre Stärke ist.

Jeder Wissenschaftler, der doch noch mehr geistig gefühlt ist als wir selbst, wird diesen Jahresbericht lesen und mit dem Bewußtsein aus der Hand legen, daß in der Arbeiterschaft der Geist der Solidarität, der Kameradschaftlichkeit doch mehr entwickelt ist, als man dies im allgemeinen von den Arbeitern denkt. Es wird sich bei ihm als Wissenschaftler die Überzeugung entwickeln, daß bei den Arbeitern die praktische Energie, die geistige Initiative in voller Blüte steht; daß bei den Arbeitern ein Geist herrscht, dem man nicht nur Achtung und Anerkennung zollen, sondern den man restlos bewundern muß. Eine solche Arbeiterschaft kann nicht untergehen, sondern man muß sich ihrer bedienen, um wahre Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Die Unternehmer müssen sich corrigieren dahingehend: Wir dürfen die Arbeiter nicht mehr in der Art bekämpfen, wie wir es bisher getan haben, nein, wir müssen sie als gleichwertige Partner anerkennen, wir müssen Hand in Hand mit ihnen gehen. Sie müssen zu der Überzeugung kommen, daß die Arbeiterschaft die treibende Kraft vorstellt, die imstande ist, das gesunkene Deutschland wieder auf die Höhe zu bringen, deren Deutschland würdig ist, kraft der organisatorischen Fähigkeiten, die in der deutschen Arbeiterschaft verkörpert sind! In diesem Sinne: Freiheit!

Mürnberg.

J. Seeg.

Erwerbslosentwünsche und -beschwerden!

Eine Kleinstadt in Westdeutschland. Mehrere Druereien. Von 100 Kollegen sind, wie fast überall, ein Drittel zum Teil jahrelang arbeitslos, ein zweites Drittel arbeitet verkrüppelt. Von den noch Beschäftigten arbeiten die Hälfte zum Minimum und auch den übrigen hat man die Leistungszulage wesentlich gekürzt.

Im Beisein des Ortsvereinsvorsitzenden fand nach längerer Pause wieder einmal eine Erwerbslosensversammlung statt, die sich mit Arbeitslosentwünschen, Wünschen und Beschwerden befaßte, die den nächsten Orts- und Bezirksversammlungen zum Teil als Anträge zugeleitet werden sollen.

Ein junger, erwerbsloser, verärgerter Kollege hat in den letzten Wochen verschiedene Kollegen gefragt, ob sie bei dem Angebot eines Prinzipals auf Dauerstellung wieder bei geringerem Lohn nicht zugreifen würden? Demgegenüber erklären wir unsre Treue zur Organisation und unbedingte Solidarität für alle Fälle. Wir sind den Kollegen dankbar für die ihnen zur Zeit oder früher gewährte zuverlässige Unterstützung und werden nicht zum Lohnbrüder. Wir können aber nicht mehr so lange bummeln und wollen wieder einmal Arbeit haben. Wir erheben erneut die Forderung auf: Verteilung der vorhandenen Arbeitslosigkeit oder auch der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten auf alle Kollegen.

Die Arbeitslosigkeit darf nicht länger zur Dauerarbeitslosigkeit einzelner führen. Es muß nach Möglichkeiten gesucht werden, alle Erwerbslosen nach gewisser Zeit der Reihe nach wieder einmal in Arbeit zu vermitteln. Sei es auch nur für jeweils einige Wochen und unter Opfern für die immer Beschäftigten, deren Recht auf ihre Arbeitsstelle geschützt werden kann.

Für die jüngeren Arbeitslosen, damit sie die Fertigkeiten in ihrem Beruf nicht ganz verlieren, und für die älteren und besonders auch die kinderreichen Familienwäter, um sie vor allzu großer Verelendung und Verschuldung zu bewahren und damit sie wieder einmal dringend nötige Anschaffungen machen können.

Falls dies durch Verhandlungen unsrer Organisation im Reichsmittelstab nicht zu erreichen ist, so muß es durch örtliche oder bezirkliche Verhandlungen auch der Betriebsräte und Vertrauensleute mit den Unternehmern versucht werden. Ähnlich wie dies die noch in den Betrieben verbliebenen unter sich handhaben. Sind die noch in den Betrieben befindlichen Kollegen auch der eingearbeitete Stamm, so haben doch auch die nun schon so lange zum Feiern gezwungenen in besseren Zeiten ihre Schuldigkeit getan und haben deshalb ein Recht, auch wieder einmal eine Zeitlang arbeiten zu dürfen.

Man komme uns nicht damit, dem ständigen Bestimmungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz entgegen. Die lassen sich ändern. Nicht nur hier, sondern auch an andern Orten ist uns bekannt, daß die Stammbefehlshabern unter sich, tritt einmal Arbeitsmangel ein, es ganz gut verstehen, in der Reihenfolge des Aussehens und der Wiedereinstellung sowohl beim Arbeitsamt als auch bei der Verbandsstelle in bezug auf die Karenzen, Unterstützung und Aussteuerung ihren Vorteil zu wahren.

Es wird auch Klage geführt, daß von einzelnen Firmen bei Einstellungen meist die zuletzt Entlassenen angefordert werden, wodurch die übrigen Arbeitslosen, unter denen sich bestimmt gleich tüchtige Arbeitskräfte befinden, dauernd ausgeschlossen bleiben. Besonders traurig tritt hier in Erscheinung, daß wir eine Reihe arbeitsloser Kollegen haben, die zuletzt in heute zum Teil oder ganz stillgelegten Betrieben gearbeitet haben und nun nirgends ein gewisses Recht haben.

Wer arbeitslos ist, hat sich beim paritätisch überwachten Arbeitsnachweis zu melden, wo er seine Nummer erhält, nach der er vom Verwalter vermittelt wird. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn Spezialkräfte verlangt werden. Grundfähig muß auf gleichem Weg angestrebt werden, daß alle Unternehmer ihre Arbeitskräfte vom Arbeitsamt oder vom paritätischen Geschäftsnachweis anfordern haben. Es ist eine Ungerechtigkeit gegen die Dauerarbeitslosen, wenn Vermittlungen durch Mittelruf respektive namentliche Anforderung erfolgen. Ist es so für die einen beinahe aussichtslos, je wieder in einem Betrieb unterzukommen, sie werden immer mehr dem Beruf entfremdet, so haben andre das Glück, wiederholt in Arbeit vermittelt zu werden. Unsern Betriebsräten und Vertrauensleuten, soweit sie Einfluß auf Einstellungen haben, ist jedenfalls zu empfehlen, möglichst die Selbstvermittlung einzelner Kollegen zu unterstützen, Wiederanforderungen zu vermeiden, die Kollegen der Reihe nach vom Nachweis zu nehmen. Das müßte in so schweren Zeiten eigentlich eine Selbstverständlichkeit für beide Tariftrahenten sein.

Abereinstimmend berichten unsre Kollegen, die einmal das Glück hatten, vorübergehend arbeiten zu dürfen, von dem forcierten Arbeitstempo in den Betrieben. Im Buchdruckgewerbe ist die Rationalisierung noch nicht in dem Maße vorgeschritten wie in andern Berufen. Trotz modernster Maschinen ist handwerksmäßige Arbeit noch vorherrschend. Allen Antreibern, verschärfter Kontrolle und ausgeklügelter Betriebswirtschaft zum Trotz geben die Anlage A zum Mantelstarif sowie die Sonderbestimmungen für die Sparten Auskunft über das Leistungsfall. Soweit glatter Satz und seine Verarbeitung in Frage kommt, läßt sich das Leistungsfall an den Maschinen verschiedener Systeme und auch im Handsatz errechnen. Abgesehen und Inzertensatz aber bedarf einer individuellen Behandlung und kann nicht im Schußergang hergestellt werden. Auch da gibt es gewisse Normzeiten. Nicht umsonst werden in sehr vielen Spartenvereinen Berechnerkurse abgehalten. Wer sich aber noch mehr informieren will, sehe sich einmal den Preistarif der Unternehmer an, der bei der letzten Lohnsenkung nur um ein paar Prozent gesenkt werden konnte. Er enthält die Verkaufspreise und gibt interessante Aufklärung über die für die einzelnen Arbeitsvordrängen angelegte Zeit, besonders in den verschiedenen Maschinengrößen. Die Verkaufspreise für Satzarbeiten sind auf den Sätzen des Mantelstarifs aufgebaut.

Die im Preistarif festgelegten Arbeitszeiten und Preise sind nach den wiederholten Angaben der Verfasser' auf äußerste kalkuliert und müssen eingehalten werden; soll

überhaupt ein Gewinn erzielt werden. Unsr noch beschlagnahmten Kollegen wollen einmal die dort festgelegten Zeiten mit dem vergleichen, was von ihnen verlangt wird, und sich dann auf das tarifliche Maß besinnen.

Permanente höhere Leistungen einzelner Kollegen für minimale Bezahlung sichern ihm zwar längere Kunst, bringen verallgemeinert aber bestimmt eine Reihe von Verschlechterungen im Manteltarif für alle Sparten mit sich. Dann möge man aber nur ja nicht unsern Führern die Schuld in die Schuhe schieben.

Das heutige Arbeitstempo in verschiedenen Betrieben hat vielfach vermehrte Kurzarbeit, eine Fünftagewoche ohne Lohnausgleich und ohne Einstellungsdruck und auch neue Entlassungen gebracht. Bei Arbeitsleistungen nach dem Tarif könnte nach unserer Ansicht ein gut Teil Arbeitsloser untergebracht werden, und wenn die Kollegen sich einig sind, geschieht das auch trotz Antzweiden und verschärfter Kontrolle. Und die Zahl unserer Invaliden wächst auch nicht so schnell an. Es gilt, die Ziele und Ziele unserer Organisation nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat hochzuhalten.

Die große Arbeitslosigkeit in Deutschland ist mit in erster Linie auf die Nationalisierung der Industrie und in deren Gefolge die völlig unnötigen drei bis vierfachen Leistungen einzelner Belegschaftsmittelglieder zurückzuführen. Im hochentwickeltesten Buchdruckgewerbe, bei 95 Proz. organisierter Geistesl., braucht das nicht nachgehakt zu werden. Beste jeder was er muß und lasse noch etwas Arbeit für den erwerbslosen Kollegen übrig.

Auch in diesem Jahr sind unsres Wissens nur wenige unserer Kollegen zu einer Ferienreise gekommen. Man spricht sogar davon, daß der eine und der andere seine Ferien verschoben habe, weil gerade viel Arbeit da war, als ob die nicht auch von ein paar Arbeitslosen hätte geschafft werden können. Das verbittert.

Der in Aussicht stehende Absatz der Wohlfahrtsunterstützung bringt auch hier eine ganze Reihe ausgesetzter Kollegen in eine ganz verwickelte Lage. Nachstehend die ab 2. September vorgesehenen Sätze. Daneben nenne ich die Summe für den äußersten Lebensbedarf ohne Miete und dringende Anschaffungen monatlich:

	Unter 30 J.	30-39 J.	40-49 J.	50-59 J.	60-69 J.	70-79 J.	80-89 J.	90-99 J.
Männlicher	38,50	35,00	32,00	28,00	25,00	22,00	19,00	16,00
Weiblicher	34,00	31,00	28,00	24,00	21,00	18,00	15,00	12,00
Mit 2 Kindern	48,00	44,00	40,00	36,00	32,00	28,00	24,00	20,00
Mit 3 Kindern	53,50	49,50	45,50	41,50	37,50	33,50	29,50	25,50
Mit 4 Kindern	59,00	55,00	51,00	47,00	43,00	39,00	35,00	31,00
Mit 5 Kindern	64,50	60,50	56,50	52,50	48,50	44,50	40,50	36,50

Werden diese Kürzungen durchgeführt, so müssen alle Wohlfahrtsempfänger betteln gehen und die kinderreichen Familien einen Teil ihrer Kinder aufs Rathaus bringen, weil sie diese einfach nicht mehr ernähren können.

Angehts dieser trostlosen Verhältnisse bitten wir die Orts- und Bezirksverwaltung, zu erwägen, ob nicht beim Gau beantragt werden kann, daß eine Sonderunterstützung für die gänzlich ausgesetzten Kollegen eingerichtet wird, ähnlich wie dies in andern Gauen schon lange besteht.

Der Ortsauschuß des DGB, soll gebeten werden, vor Inkrafttreten des Abbaues der Wohlfahrtsunterstützung, freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter einzubereuen oder aber Schritte bei der Stadtverwaltung zu unternehmen, daß entweder der Abzug unterbleibt, oder aber, falls dies unmöglich, die Stadtverwaltung aus andern Fonds Mittel bereitstellt, damit die Unterstützung auf ihrer bisherigen Höhe bleiben kann und, weil jetzt schon unzulänglich, um die Winterhilfe erhöht wird.

Der Ortsauschuß des DGB, soll auch sonst sein Versprechen einhalten auf öftere Abhaltung von Erwerbslosenversammlungen mit Referaten, um so der Lösung des Arbeitslosenproblems einen stärkeren Impuls zu geben und gewerkschaftliche Forderungen zu präzisieren.

Die Erwerbslosenversammlung wählt sich eine kleine Kommission, die sich mit Winterveranlassungen für unsere Erwerbslosen beschäftigt und ferner Wünsche und Beschwerden entgegennehmen soll, die sie dem Ortsvorstand zuleiten und mit ihm besprechen soll. S. C. S.

Wirtschaftslage des Deutschen Reichs

Die optimistischen Nachrichten, die im Anschluß an die Berichte zur Wiederbelebung der Wirtschaft vor allem aus den Vereinigten Staaten herüberkommen, haben auch in Deutschland wiederum einmal die bange Frage nach der Krisenwende neu aufgeworfen. Allerdings ist im Gegensatz zu allen andern europäischen Börsen die Berliner Börse der Hausbewegung nicht gefolgt, die seit Ende Juli die amerikanischen Börsenplätze kennzeichnet. Ohne daß hier im einzelnen untersucht werden soll, wie weit im gegebenen Zeitpunkt für eine echte und dauerhafte Entspannung der Weltwirtschaftslage stichhaltige und reale Voraussetzungen gegeben sind, eins steht fest: Solange in Deutschland politische Zustände herrschen, die mit tagelänglichen blutigen Auseinandersetzungen beinahe säkular sind als im finsternsten Balkanstaat, gibt es keine Hoffnung für wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Auf einem Schicksalsfeld investiert man kein Kapital und am Rande eines Kraters, der jeden Augenblick in neue Anstöße geraten kann, sieht man nicht. So sind noch immer die unsicheren und ungetrübten politischen

**Fünfzig Jahre
Verbandsmitglied**




Karl Weisbach in Leipzig
Eingetreten: 1. September 1882
Fest Invalide

Georg Schmarz in Würzburg
Eingetreten: 2. September 1882
Fest Invalide

Verhältnisse das schwerste Hemmnis der Milderung der Krise.

Die grauenvolle Lage des Arbeitsmarktes ist unverändert. Zwar meldet der amtliche Bericht für Ende Juli einen kleinen Rückgang der Arbeitslosenzahlen von 5 478 000 Ende Juni auf 5 393 000 Ende Juli. Der Rückgang der gemeldeten Arbeitslosenziffern dürfte jedoch vornehmlich auf technischen Voraussetzungen beruhen. Durch die zunehmende Einführung der Bedürfnisprüfung nimmt die Zahl der nicht durch die Arbeitsämter betreuten Arbeitslosen stark zu, was bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage in vielen Fällen auch eine Nichterneuerung des Arbeitsvertrages bedeutet, so daß die statistische Erfassung der Arbeitslosigkeit mehr und mehr Lücken aufweist. Schon heute handelt es sich nach einer Schätzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei den infolge mangelnder Bedürfnisprüfung leer ausgehenden Arbeitslosen um etwa 1 bis 2 Millionen Menschen, eine Zahl, die in den kommenden Monaten noch erheblich anwachsen dürfte, da sich erst dann die Droßelungsmaßnahmen voll auswirken werden. Allerdings haben auch die einschleppenden Entwertungen in der Landwirtschaft in gewissen Bezirken eine lebhaftere Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften "ausgelöst." Nach dem Statistik der Gewerkschaften waren Ende Juli von je 100 Gewerkschaftsmitgliedern 44,4 arbeitslos, während 22,3 in Kurzarbeit standen.

Um übrigens ist die Lage der einzelnen Industriezweige nur wenig verändert. In der Eisen- und Stahlindustrie ist in den letzten Monaten ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, ebenso in den ersten Augustwochen in der Stein- und Zementindustrie. Dagegen erfuhr die Maschinenindustrie infolge neu heringekommener Auftragsaufträge eine geringe Belebung, die vor allem bei Metall- und Holzverarbeitungsanlagen, Landmaschinen, Turbinen und Dieselmotoren zum Ausdruck kam. Allerdings hatte auch Ende Juli der Beschäftigungsgrad der Maschinenindustrie noch nicht 30 Proz. der Normalbeschäftigung überschritten. Wenig günstig lauten auch die Berichte aus der Textilindustrie, wo das sommerliche Saisongeschäft stark hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, während das Wintergeschäft noch nicht eingeleitet hat. Vor allem schrumpfte das Exportgeschäft in diesem Wirtschaftszweig noch weiter zusammen.

Die deutsche Landwirtschaft sieht sich in diesem Jahr, nachdem bereits die letzten vier Jahre durchweg vorzügliche Ernten gebracht hatten, einer neuen Reformerte gegenüber. Die Getreiterträge für Wintergetreide sind um fast 20 Proz. für Winterweizen um über 15 Proz. höher als im Vorjahr. Nach den vom Statistischen Reichsamt Anfang August vorgenommenen Schätzungen wird die deutsche Getreideernte 1932 um rund 3 Millionen Tonnen über der des Vorjahres liegen. Damit wird der deutsche Getreidebedarf in diesem Jahr mengenmäßig vollständig aus der eignen Ernte gedeckt werden können. Das aber bedeutet, daß der Zollschutz mehr und mehr seine Wirksamkeit hinsichtlich der Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verliert, die sich jetzt mehr noch als im letzten Jahr nach den inmerdeutlichen Marktverhältnissen richtet, über den Einkommensanteil der Landwirtschaft entscheidet nunmehr in erster Linie die Entwicklung des deutschen Verbraucherinkommens, so daß, je mehr sich Deutschland hinsichtlich der Lebensmittelförderung dem Zustand der Eigenversorgung nähert, das Schicksal der großen Massen der händlichen Arbeiter und Angestellten zugleich auch das Schicksal der landwirtschaftlichen Erzeuger bestimmen wird. Jeder neue Kaufkraftschwund trifft heute voll die Landwirtschaft, und zwar um so mehr, als die Einkommensschwumpfung die Erzeugerpreise weit mehr zusammenbrückt als die Handels- und Verarbeitungspreise. In einem kürzlich erschienenen Sonderheft der Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung berechnet Dr. Baade, Leiter der Reichsforschungsstelle für das landwirtschaftliche Marktwesen, für 1931/32 einen Rückgang der Fleischpreise um 21 Proz., der Handels- und Bearbeitungs-

spanne dagegen nur um 8,7 Proz. Die Mindereinnahme, die im letzten Wirtschaftsjahr infolge des Kaufkraftschwundes der händlichen Bevölkerung die deutsche Landwirtschaft allein beim Fleisch erlitt, wird in dieser Berichtszeitung mit rund 1,1 Milliarden Mark beziffert. Da der Preisdruck der zu erwartenden Reformerte kaum durch Ausfuhr abgefangen werden kann — die Roggenausfuhr ist schon heute infolge der ungewöhnlich billigen polnischen Roggenangebote so gut wie unmöglich —, will die Regierung versuchen, durch ein kunstvolles System von neuen Stützungs- und Verkopplungsaktionen den zu erwartenden Preisdruck, namentlich in den ersten Erntemonaten, zu mildern.

Auf den deutschen Geld- und Kapitalmärkten ist ebenfalls der Zustand unverändert. Nach wie vor erweist sich der Kapitalmarkt für größere Ausleihungen langfristiger Natur absolut unfähig. Da die Investitionstätigkeit der Industrie einen Grad erreicht hat, der vom Nullpunkt nicht weit entfernt ist, liegen auch seitens der Wirtschaft kaum Kapitalnachfragen vor. Nach dem letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung beträgt die gegenwärtige Zinslast der deutschen öffentlichen und privaten Wirtschaft rund 6,2 Milliarden Mark. Mit diesem Betrag wird eine Veranschlagung von etwa über 90 Milliarden verzinst, die sich aus 60 Milliarden langfristigen und etwa 30 Milliarden kurzfristigen Krediten zusammensetzt. Ein Fünftel, etwa 1,2 Milliarden, entfallen auf die Verzinsung der Auslandsanleihen. Von der Gesamtzinslast in Höhe von 6,2 Milliarden hat die Landwirtschaft 0,85 Milliarden, der Hausbesitz 1,5 Milliarden, das Gewerbe 2,1 Milliarden und die öffentlichen Körperschaften einschließlich der öffentlichen Unternehmungen 1,77 Milliarden zu tragen. Den niedrigsten durchschnittlichen Zins (5,4 Proz.) entrichtet der Hausbesitz. Auch die öffentlichen Körperschaften haben verhältnismäßig niedrige Zinsen (5,9 Proz.) zu zahlen, während die Landwirtschaft mit 7,2 Proz. und das Gewerbe mit 8 Proz. mit höheren Zinsen als der Durchschnitt belastet sind.

Eine ungünstige Entwicklung zeigte der deutsche Außenhandel im Monat Juli. Der starke Rückgang der Ausfuhr auf nur 432 Mill. M., im wesentlichen hervorgerufen durch Rückgang der Fertigwarenausfuhr, ließ bei unveränderter Einfuhr den Ausfuhrüberschuß auf 68 Mill. M. absinken. Erheblich ging vor allem die Ausfuhr nach Rußland und Frankreich zurück, während die Ausfuhr nach Großbritannien leicht ansteigen konnte.

Wenngleich unendlich viel kostbare Zeit vertan wurde, stehen noch immer im Vorbergrunde des deutschen wirtschaftspolitischen Interesses die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung. Zwar wird infolge monatelanger Untätigkeit die schwere Aufgabe nun darin bestehen, daß statt auf dem Rücken der frühjahrsmäßigen Saisonbelebung die Gunst der Arbeitsmarktlage für sich auszunutzen zu können, die erschwerten Verhältnisse der Arbeitsmarktlage im Herbst in Kauf genommen werden müssen. Nach wie vor bleibt der Standpunkt der Arbeiterschaft, daß unter allen Umständen bei der Aufstellung der Arbeitsbeschaffungsprogramme jene verhängnisvollen Scheinlösungen vermieden werden müssen, die sich in dem trügerischen Ideenkreis Autarkie-Kreditinflation-Schuldenabwertung bewegen. Zwar hat sich noch gerade in den letzten Tagen mit Recht der Vorsitzende des DGB, Theodor Leipart, dagegen verwahrt, daß, während hunderte Millionen für Hilfsmaßnahmen zugunsten der Unternehmer ausgegeben werden, die dann als notwendige Stützungs- und Sanierungsmaßnahmen angezweifelt werden, es heute große Kreise gibt, die jede geplante Hilfe für die Arbeitslosen als Inflation brandmarken. Es wird notwendig sein, die bisher der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Pläne der Regierung noch wesentlich zu erweitern, ohne daß bei einigermaßen geschickter Mittelaufbringung von dieser Seite her Inflationen zu befürchten wären. Gefährlicher für die deutsche Währung als die Arbeitsbeschaffungspläne werden sich jedenfalls in Zukunft die Beschäftigungen erweisen, auf denen augenblicklich alle wichtigen Etats aufgebaut sind. Hierbei handelt es sich einmal um die zu optimistisch angenommene durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Jahre 1932 mit 5,8 bis 5,9 Mill. M., während zugleich die meisten Einnahmeposten, vor allem Zölle und Steuern, zu hoch angelegt wurden. Die andre Gefährdung der Währung kommt von der ungeheuerlichen Subventionswirtschaft, in die Deutschland hineingeraten ist und durch die Milliardenbeträge öffentlicher Mittel einzelnen Unternehmern in den Schoß geworfen wurden, ohne daß sich bisher für die Gesamtwirtschaft günstige Folgen aufdecken ließen. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, zu verlangen, daß, solange diese alzu freigebig geöffneten Quellen fließen, alles daran gesetzt wird, die Arbeitslosigkeit durch planvolle öffentliche Arbeitsbeschaffung zu mildern. †

Korrespondenzen

Breslau. Nachdem bereits am 17. August eine Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung zu Unterhaltungen im hiesigen Ortsverein in einer sehr erregten Form Stellung genommen hatte, wurde am Sonntag, dem 21. August, auch die Mitgliedschaft in einer außerordentlichen Versammlung von den bedeutendsten Vorkommnissen in Kenntnis gesetzt. Referenten hierfür waren die Kollegen Gaworzteher, Feige und Verbandsschlichter Schwenitz (Berlin). Erörterter schiederte in längeren Ausführungen die Entdeckung und die Weiterverfolgung bis zum Augenblick der Versammlung. Belastet sind die beiden Angeklagten des Ortsvereins, Sporn und Demmig. Die von diesen verdächtigten Anzeigepflichtigen reichen bis in das Jahr 1925 zurück. In diesem

Jahr wurde bei einer Abrechnung zwischen Sporn und Demmig ein Manko der Kasse von 2450 M. festgestellt. Eine Mitteilung an den Vorstand unterließ, und in der Folgezeit ging das Bestreben beider Angestellten dahin, nach Möglichkeit das immer größer werdende Manko zu verkleinern. Trotzdem Demmig sich verpflichtete, pro Monat 50 und später sogar 100 M. abzugeben, bis das Manko bis Ende 1929 auf 3000 M. Demmig hat bis zur Aufhebung der Verrechnungen über 6000 M. abgegeben. In den Jahren 1930 und 1931 stieg der Fehlbetrag auf rund 10 000 M. Ein Zufall führte zur Entdeckung der Unterschlagung. Anfang Juli begab sich Sporn auf eine Ferienfahrt mit den Lehrlingen nach Schweden und Dänemark. Bevor er abfuhr, ließ er sich von Demmig einen Betrag von 600 M. auszuhändigen, für den er jedoch an Demmig keine Quittung gab. Nach Rückkehr gemahnt, bestritt Sporn, den Betrag erhalten zu haben. Die sich daraus entwickelnden Differenzen führten zur Aufhebung der Unterfertigung. Der Orts- und Gauvorstand waren bestrebt, so schnell wie möglich Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, trotzdem konnte bisher nicht einwandfrei festgestellt werden, welcher der beiden Angestellten sich das Geld angeeignet hat, aber in welchem Umfang beide daran beteiligt sind. Sofort nach Bekanntwerden wurden beide Angestellte durch den Gauvorstand ihrer Funktionen entbunden. Für die Fortführung der Geschäfte machte Kollege Feige einige Vorschläge, die zum Schluß die Billigung der Versammlung fanden. Mit der endgültigen Neuregung im Ortsverein wurde eine aus der Mitte der Versammlung gewählte Kommission betraut, die ihre Vorschläge einer später stattfindenden Hauptversammlung unterbreiten soll. Kollege Schwertfeger gab einen Bericht über das bis jetzt festgestellte Ergebnis mit Unterfertigung des Kollegen Hofmeister vorgenommenen Revision, die sehr schwierig ist durch die systemlose Buchführung. Ein Klassenbuch, in welches die Einnahmen und Ausgaben täglich eingetragen werden müßten, wurde nicht geführt. Auf diese Unterlassung seien wahrscheinlich die Anfänge der Unstimmigkeiten zurückzuführen. Der verantwortliche Kassierer und Vorsitzende Sporn und die mit der Entgegennahme der Beiträge von den Druckerzeitungern beauftragte Hilfskraft Demmig wußten seit Jahren, daß ihre Kasse nicht stimmte und das Manko immer größer wurde. Anstatt den Vorstand pflichtgemäß zu unterrichten, verstanden sie es, dieses Manko zu verkleinern. Dadurch ist für uns die Schuldfrage geklärt. Die Quartalsabschlüsse mit dem Gau bzw. der Zentrale scheinen in Ordnung zu sein. Trotzdem sollen sie nachgeprüft werden. Das ist aber eine langwierige Arbeit. Für diese Abschlüsse sind bestimmte Formulare vorgeschrieben und es bestehen bestimmte Vorschriften, auf deren Einhaltung gesehen wird. Das ist deshalb bemerkenswert, weil der damit verbundene Zwang zur Ordnung Unregelmäßigkeiten in diesen Abrechnungen nicht aufkommen läßt. Auf Grund der bisher vorliegenden und erreichbaren Unterlagen ist ein Fehlbetrag in der von Feige angegebenen Höhe festgestellt worden. Dabei muß jedoch der Vorbehalt gemacht werden, daß noch Veränderungen, wenn auch nicht mehr in nennenswertem Umfang, möglich sind. Die sehr offenen Ausführungen beider Referenten brachten es zum Ergebnis, daß die am Anfang sehr kümmerliche Versammlung einer ruhigen und sachlichen Verlauf nahm. In der sehr umfangreichen Diskussion wurde das Verhalten von Sporn und Demmig gebührend gerandakt und eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, die derzeitige Verhältnisse in Zukunft unterbinden sollen. Das einzelne Anträge, hervorgerufen durch die verständliche Erregung, sehr weit über das Ziel hinausgeschossen, sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Trotzdem wurden auch diese Anträge gesammelt der gewählten Kommission überwiesen, weil es sich größtenteils um einschneidende Satzungsänderungen handelte. Einstimmig beschlossen wurde: 1. Die kritische Entlassung, 2. Übergabe der Betrugssache an die Staatsanwaltschaft, 3. Haftbarmachung der Schuldigen und 4. deren Ausschluß aus dem Verband. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich gegen die Strafanklage im Oshauer Prozeß wendet, und einen zweifelhäftigen Proteststreik fordert. Mit einem Hoch auf den Verband und dem Gedächtnis, trotzdem alles für die Stärkung und Kräftigung der Organisation zu tun, damit die Scharte so schnell wie möglich ausgemerzt werde, wurde die Versammlung geschlossen. (Anmerkung des Schriftführers: Die von der Versammlung geforderten und beschlossenen Maßnahmen sind in der Zwischenzeit reiflos durchgeführt worden.)

Dresden. Unsere Versammlung am 3. August wies keinen allzu starken Besuch auf. Das war wohl zum Teil auf die Ferien sowie auf den beendeten Wahlkampf zurückzuführen, der diesmal alle Kräfte sehr stark in Anspruch genommen hatte. Der Vortrag des Lehrers Donath wäre aber wert gewesen, von einer größeren Mitgliederzahl gehört zu werden. Das Thema lautete: „Der Kampf wider die Vernunft“. In nahezu anderthalb Stunden brachte uns der Referent in vollendeter Rede einen kulturpolitischen Auschnitt zu Gehör, der wohl alle Zuhörer gefesselt und ihnen zum Bewußtsein gebracht hat, daß die Vernunft im Handeln der Menschheit leider nicht immer oberstes Gesetz ist. Die angeführten Beispiele, die der Referent reichlich bot, waren klassische Zeugen dafür, wie in den meisten Fällen alles kritisch hingenommen wird, ohne in Sinn und Logik verstandesgemäß einzubringen. Der Vortrag schloß mit den Worten eines Philosophen, der schon vor etwa 300 Jahren gelebt hat: „Habt doch endlich den Mut, euch eures Verstandes zu bedienen!“ Eine lebhafteste Debatte setzte ein, ein Zeichen dafür, daß die Kollegen aufmerksam den Darlegungen gefolgt waren. Kollege Schroeder behandelte dann beim zweiten Punkt kurz den Jahresbericht des Verbandes. Er sollte nicht nur entgegengenommen, sondern auch aufmerksam gelesen werden. Vor allem sollten sich die ewigen Mäzger einmal recht gründlich mit den darin enthaltenen Ausführungen über Ausgaben und Einnahmen des Verbandes befaßen und erkennen, was durch den Verband in sozialer Hinsicht geleistet wird. Dann werden die betreffenden Kollegen auch die Notwendigkeit einsehen, für was heute die immerhin hohen Verbandsbeiträge verwendet werden müssen, und so mancher, der immer nur kritisiert und schimpft, sieht einmal, welche horrenden Summen für unsre arbeitslosen, invaliden und kranken

Kollegen gezahlt werden, an die, die am meisten unter der großen Not leiden.

Effen. (Drucker.) Am 11. August sprach in unsrer Versammlung der Chefchemiker der Farbenfabriken Otto Baer (Nabeul-Dresden), Herr Dr. Gläsel, über das Thema: „Täglich auftretende Schwierigkeiten im Verkehr mit modernen Druckfarben und die Mittel zu ihrer Abhilfe“. In leichtverständlicher Weise erklärte uns der Referent die Bestandteile der Druckfarben und ihr Verhalten zu den verschiedenen Arten der Druckpapiere. Vorfälle aus der Praxis bewiesen uns, daß die verschiedenen Papiere jeweils eine andre Zusammensetzung der Farben beanspruchen, daß aber auch dem Chemiker Grenzen gesetzt sind. Der Beifall am Schluß des Vortrags bewies dem Referenten, daß seine Ausführungen dankbarer Zuhörer gefunden hatten. Auch an dieser Stelle sei Herrn Dr. Gläsel sowie den Farbenfabriken Otto Baer unser Dank für ihr Entgegenkommen ausgesprochen.

Freiburg i. Br. Unre am 13. August abgehaltene Versammlung nahm zunächst einmal Kenntnis von den in letzter Zeit eingelaufenen Rundschreiben des Verbandes bzw. des Gauvorstandes, die über verschiedene Fragen wissenswerten Aufschluß gaben. Insbesondere fanden die Darlegungen über die Kassenlage des Verbandes reges Interesse. Vorsitzender Scherer orientierte Johann über verschiedene dringliche Angelegenheiten. Ein äußerst lebhafter Meinungs-austausch entwickelte sich über einen aus der Versammlung eingebrachten Antrag, der den Ausschluß von vier Kollegen, die der NSDAP angehören, verlangte. Begründet war dieser damit, daß Mitglieder einer Partei, die in der brutalsten Weise gegen die Gewerkschaften und deren Einrichtungen vorgeht, in unsern Reihen nichts mehr zu suchen haben. Besonders erbittert ist die Kollegenchaft darüber, daß die Nazis in der Nacht des 12. Juli gelegentlich der Prinz-Awul-Versammlung einen Angriff auf das hiesige Gewerkschaftshaus unternahmen, bei dessen Abwehr es auch auf Seiten der Verteidiger Verletzte gab. Leider war jedoch nicht festzustellen, ob sich die in Frage kommenden Kollegen bei dieser schändlichen Sache beteiligt hatten. Aus diesem Grunde mußte auch unter Beachtung des Statuts von einem sofortigen Ausschluß Abstand genommen werden. Es handelt sich um vier arbeitslose und ausgesperrte Kollegen, die nun ihr Heil bei unsern Widersachern suchen. Es wurde aber die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß der nächste Verbandstag eine Änderung der diesbezüglichen statutarischen Bestimmungen vornimmt, damit es ohne weiteres möglich ist, solche Elemente abzutun. Anschließt unsres wohlgeleiteten Johannsberichtes arrangierte die „Typographia“ ein Wohltätigkeitskonzert, dessen Reinertrag den ausgesperrten und nichtbezugsberechtigten Kollegen zuzufloß. Dieser kollegiale Akt fand bei den Bedachten dankbare Anerkennung. Aber den mit Spannung erwarteten Rechnungsabschluß vom zweiten Quartal konnte der Kassierer Dittler die mit Befriedigung aufgenommenen Mitteilungen machen, daß die im Frühjahr beschlossenen Sanierungsmaßnahmen vollen Erfolg hatten. Die Abwärtsbewegung des Bezugsvermögens ist aufgehoben und hat sich wieder ins Gegenteil gewendet. Zum ersten Male hat sich dieser Jahresumsatz, Gelegenheitsarbeiten, die seit Jahren unsern neuen Gauvorstehern zu orientieren. Mit einem ausgezeichneten Vortrag über das Thema „Der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft“ und seine darin zum Ausdruck gebrachten Gedanken und Ansichten führte sich Kollege Reibel vorzüglich ein und gewann die reifste Anerkennung und Zustimmung seiner aufmerksamsten Zuhörer. In kurzen Zügen schilderte er zunächst die anormale politische Lage mit den überaus traurigen Merkmalen, die der blinde Haß gegen die Arbeiterschaft und ihre Institutionen mit sich brachte. Die verwerflichsten Mittel werden benützt, um die noch vernünftigen Gedanken der Arbeiterschaft niederzuknüllen. Leider gelang es dem Unternehmertum, sich auch aus den durch die Krisennot gemürbten und kopflosen gemachten Arbeiterkreisen Helfers Helfer heranzuziehen, die gegen die eigenen Klassenangehörigen kämpfen. In sehr überzeugender Weise unterzucht und beantwortete der Redner die Frage, warum und mit welchem Ziel dieser fähigste Kampf entfacht wurde. Interessant war dabei vor allem eine Gegenüberstellung der Rechte, die der Arbeiter des Vorkriegsstaates zu beanspruchen hatte, und die er sich in den Jahren nach dem Krieg erringen konnte. Ohne weiteres war man sich darüber im Klaren, daß noch manche Errungenschaft verloren gehen kann, wenn die Absichten des Unternehmertums Wirklichkeit werden sollten. Manchem würde dies leider erst dann zum Bewußtsein kommen, wenn unser Einfluß auf Staat und Wirtschaft einmal zerstört sein sollte. Nur scheinbar hatte sich das Unternehmertum mit den veränderten Machtverhältnissen nach dem Krieg abgefunden. In Wirklichkeit es es eifrig am Werk, die seinem Machttreiben hinderlichen Gesetze zu beseitigen, wobei ihm die Kräfte erheblichen Vorschuß leisteten. Mit Hilfe der NSDAP soll das Unterdrückungswort der Arbeiterklasse nun vollendet werden. Der gegen die sogenannte öffentliche Hand und die der genossenschaftlicher Grundlagenten bestehenden Wirtschaftsgestalt, insbesondere die Konjunkturvereine, geführte Kampf dient keinem andern Ziel, als auch diese Werke dem privaten Kapital dienstbar zu machen und jeglichen Einfluß der Arbeiterschaft auszuschalten. In sehr eingelegender Art zeigte der Vortragende, wie der zur Führung einer gelunden Wirtschaft untaugliche Kapitalismus selbst die unauferkennlichen Mittel benützt, um seinem egoistischen Zielstreben zu dienen. Der besonnene Teil der Arbeiterschaft, der die Tücken des Unternehmertums zur Genüge kennt, werde sich durch nichts verblüffen lassen und bei gegebener Zeit auch wieder bessere Ergänzungsverhältnisse zu erkämpfen wissen. Die anschließende Diskussion hielt sich im wesentlichen im Rahmen des Vortrags. In kurzem Schlußwort ging Kollege Reibel auf Einzelheiten ein. Trefflich verstand er es, auch die oppositionell eingestellten Kollegen zu friedensstellen und so praktisch im Sinne der gewinnlichsten Einheitsfront zu wirken. Die zur politischen Klärung wohl unvermeidliche gewaltsame Auseinandersetzung muß eine eindeutige Arbeiterschaft vorfinden, denn nur dann wird es dieser möglich sein, ihren berechtigten Wünschen Geltung zu verschaffen. In diesem Sinne schloß Kollege Reibel seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Er hat das in ihn gesetzte Vertrauen schon bei seinem ersten Auftreten gerechtfertigt und bewiesen, daß der richtige Mann auf den verantwortungsvollen Gauvorstehersposten berufen wurde.

Kaiserslautern. Am 14. August fand in Zweibrücken unsre Bezirksversammlung statt, die einen zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Die Versammlung wurde eingeleitet durch ein Lied des Buchdrucker-Gesangsvereins Kaiserslautern. Nach der Erledigung einiger gefälligster Angelegenheiten und der Erhaltung des Massenberichts vom zweiten Quartal nahm Gauvorsteher Conradi (Mannheim), von Freizeitspreisen lebhaft begrüßt, das Wort zu seinem Vortrag über: „Aktuelle Tagesfragen“. Er streifte zunächst die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit dem Rabinetswechsel in Deutschland ergeben haben, dessen ungewöhnliche Folgen die breite Masse der Bevölkerung zu tragen habe. Als einziger Lichtblick wäre der Ausgang der Reichstagswahl zu betrachten, die als Ergebnis eine Zunahme an Mandaten der beiden Arbeiterparteien zeitigte hätte. Riesengroße Gefahren drohten aber dem Bestand der Arbeiterbewegung in der von der neuen Regierung geplanten Auflockerung der Tarifverträge und der Beseitigung der Schlichtungsordnung, welche Millionen von arbeitenden Menschen, deren Berufsorganisationen weniger gut als die der Buchdrucker, in den letzten Jahren höhere Löhne gebracht hätte. Als Ausdruck praktischer Solidarität bezeichnete es der Redner, wenn heute von den nur noch etwa zur Hälfte vollbeschäftigten Verbandsmitgliedern ungeheure Opfer gebracht würden, um die Unterfertigungsleistungen des Verbandes aufrechtzuerhalten. Seien doch in den beiden letzten Jahren monatelang rund eine Million Mark an Unterfertigungen ausgegeben worden. Berücksichtige man zudem noch die großen seelischen Qualen, unter denen die Arbeitslosen zu leiden hätten, so käme man zu der Erkenntnis, daß die Dinge, so wie sie bisher gegangen wären, nicht mehr lange gehen könnten. Nach den Auslassungen des Konjunkturfororschungsinstituts sei aber vorläufig für Deutschland noch keine wirtschaftliche Besserung zu erwarten, und dies um so weniger, solange der Unruhefaktor in Deutschland nicht ausgeschaltet sei. Andererseits wollten wir aber unsre Lebenshaltung nicht auf die eines Kultus herunterdrücken lassen. Durch die Vereinbarungen von 14. Mai d. J. sei es unsern Vertretern gelungen, den beabsichtigten dritten Lohnabbau abzuwehren. Lebensfalls gelte es für die Kollegen, auf der Hut zu sein. Auch die Rednpredung reagierte auf die sich umgestaltenden Verhältnisse, das ging ganz eindeutig aus den Arbeitsgerichtsentscheidungen der letzten zwei Jahre hervor. Der Referent richtete zum Schluß als Mahnung aus: „Rufen Sie die zur Stärkung und zum Erhalt unsrer Organisation durch Opferwilligkeit, Solidarität und Disziplin. Die gesamte Arbeiterschaft, ganz gleich welcher politischen Anschauung, wenn gemeinsam zur Abwehr zusammenstehen, wenn sie sich nicht auch noch das Letzte rauben lassen will. Freiheit!“ Dem Redner wurde reicher Beifall zuteil und sein Freiheitsruf aus kräftigster erwidert. Die Diskussion brachte zum Ausdruck, daß für die Zukunft ohne Kampf eine wirtschaftliche Besserung für die Arbeiterschaft nicht zu erzielen sein werde. Man müsse, um eine weitere Wiedering des Verbandes zurückzuführen zu verhindern, einen Kampffonds anzufammeln, den Beitrag für unsre vollbeschäftigten Mitglieder erhöhen, damit wir einen Kampf auch mit Aussicht auf Erfolg führen könnten. — In die von bestem Geist getragene Versammlung schloß sich nachmittags eine geistliche Unterhaltung, deren gelungene und musikalische Darbietungen von dem Buchdrucker-Gesangsverein Kaiserslautern und dem Typo-Drucker Pirnaisens bestritten wurde.

Allgemeine Rundschau

Bom Zeitungsriegelgeschehen. Am 25. August verurteilte das Amtsgericht in Braunschweig den Betriebsleiter Paul Schlösser und den Gehilfen Gudehus zu drei Monaten Gefängnis. Die Verurteilungen wurden befriedigt, während der Verbotszeit des „Sartzer Echo“ in Blankenburg eine Ersatzzeitung herausgegeben zu haben. Das Gericht hat ein Flugblatt „Alarm“, das Gudehus verantwortlisch zeichnete, als eine Ersatzzeitung angesehen. Von der Zeitung „Sartzer Echo“ ist bereits der Redakteur Salge im Gefängnis. Salge wurde wegen Aufreizung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nun sollen auch noch der Betriebsleiter der Druckerei und ein Seher ins Gefängnis wandern. Gegen das Urteil werden selbstverständlich alle Rechtsmittel verfolgt werden. — Bom Berliner Volksprezidenten wurde die „Rose Fahne“ auf die Dauer von acht Tagen verboten, ebenso wie im gleichen Verlag erscheinenden Kopfbücher und etwaige Ersatzzeitungen. — Bom Berliner Volksprezidenten sind ferner die kommunistische Zeitung „Berliner Morgen“ bis einschließl. 2. September sowie die republikanische Wochenzeitung „Laternen“ bis zum 30. September einschließl. verboten worden. — Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau verhängte ein Verbot über die in Kasel erscheinende nationalsozialistische „Deutsche Volkswehr“ bis einschließl. 30. August. „Auktoretan“ der braunen Pest. Bald nach der Verkündung der fünf Todesurteile im Reutheimer Potempa-Prozeß lebte Beuthen einige Stunden „im Dritten Reich“. Die VWL- und SS-Führer, verfräht von auswärts, ja sogar aus Breslau, markierten nun die „sochende Volksseele“. Fensterhaken klirren. In erster Linie rächten sich die braunbesetzten Jünglinge natürlich an den ihnen nicht hold geminteten Zeitungen. So wurden in der Geschäftsstelle des „Volksblattes“ sämtliche Scheiben eingeschlagen. Mehrere uniformierte Nazis stützten in die Geschäftsstelle, wobei sie die Türhaken zertrümmerten. Im Handumdrehen wurden die Büdler aus den Regalen gerissen, die Zeitungen durcheinander geworfen. Aber auch die Schaukästen und die große Schaukastenreihe der „Oberelschinger Zeitung“ wurden eingeschlagen. — Am letzten Mittwoch zogen abends gegen 10 Uhr etwa 200 Nazis vor das Posthaus „Volkshaus“ und schlugen dort alle 15 großen Scheiben ein. Vier der Helden konnten verhaftet werden. Hoffentlich blüht ihnen eine exemplarische Strafe. So sieht also das nationalsozialistische Arbeits-

beschaffungsprogramm aus. In den Fensterscheiben der gegnerischen Zeitungen und der jüdischen Geschäfte und an den Einrichtungen der Arbeiterkassen vollzieht man den 'Aufbau eines neuen Kulturraabens'.

Der Buchhandel gegen Kulturraabens. Staat und Städte fahren mit dem Abbau ihrer Kulturrelais fort zum großen Leidwesen aller an der Entwicklung des geistigen Lebens interessierten Berufskreise, nicht zuletzt des Buchgewerbes. Den Unterrichtsinstanzen werden die notwendigen Lehrmittel, Bücher und kartographische Werte, vorentbaltend. Bibliotheken müssen selbst auf die wichtigsten Neuerungen des deutschen Büchermarktes verzichten.

Gewerkschaften und Reichsregierung. Gegen den seit kurzem von den Kommunisten verübten Anflug mit 'Entsüllungen' über eine im Entstehen begriffene Einheitsfront von Leipzig hat Straßer in seiner 'Gewerkschaftszeitung' in ihrer neuesten Nummer Stellung. Mit aller Deutlichkeit wird von dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes gesagt: 'Wir erklären nachdrücklich, daß der DGB, allen Kombinationen über Nachtbildungen an der Spitze des Reiches abfolut fernsteht und an Verhandlungen über die Bildung einer neuen oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung unbedeutet ist.'

Industriekerleben infolge Naziterrors. Ein weiterer Beweis dafür, wie durch politische Unruhe und Verantwortungslosigkeit der Nationalsozialisten jedwede Wirtschaftsbesserung verhindert wird, wurde neuerdings aus dem Schwarzwälder Uhrenindustriegebiet geliefert. Aus einer Zufahrt in die 'Schwäbische Tagwacht' geht an Sand zehnmänniger Angaben hervor, welchen katastrophalen Rückgang der Uhrenexport zu verzeichnen hat.

Unre Fabrikanten wissen davon auf Grund von schriftlichen und mündlichen Zeugnissen und Äußerungen ihrer ausländischen Kunden zu erzählen. Heute waagt sich selten mehr ein Ausländer herein nach Deutschland. Alle führten den Bürgerkrieg, die politischen, durch die Nazis unausgefeilt hervorgerufenen Unruhen. Als es in Deutschland noch eine unbekannte Sache war, den politischen Andersdenkenden mit Messer und Dolch, mit Revolver, Handgranaten und Bomben zu schädigen, da kamen noch viele ausländische Käufer zu uns. Heute? Die Nazis haben sie fast alle vertrieben! Unsere Wirtschaft und jede Kauf- und Steuerkraft gehen zugrunde; die fürchbare Ursache dafür sind die Bürgerkriegsmethoden und die Wortschweif mit Steuern aus anderen Industriezweigen, die darauf hinweisen, wie sehr die innerpolitische Unsicherheit in Deutschland jede sich andeutende Besserung im Wirtschaftsleben gefährdet.

Kleine politische Zeitnotizen. In seiner auf alle deutschen Genner übertragenen politischen Programmrede am Sonntagmittag auf der westfälischen Bauerntagung in Münster befrächtigete sich Reichstanzler v. Papen nicht auf die akuten Wirtschaftsprobleme, sondern stellte in starkem Umfang politische Gesichtspunkte heraus. Die nationalsozialistische 'Politik' fand Zurückweisung, dagegen betonte der Reichstanzler um so stärker die Notwendigkeit einer konservativen Staatsführung. Das von ihm entwickelte Wirtschaftsprogramm läuft im wesentlichen auf den Versuch einer Arbeitsbeschaffung hinaus.

Drohungen und Gewalttaten vergiften, wird es mit der deutschen Wirtschaft nicht fähig vorwärtsgehen können.

Personliches über Adolf Hitler. Zu verschiedenen Kräftegerüchten, die über die Nazi-Bewegung umgehen, kommen jetzt auf dem Weg über die ausländische Presse auch interessante Meldungen über Hitler selbst. Wie dem 'Vorwärts' aus Paris berichtet wurde, wird der Kampf um die Führung in der Hitlerpartei von der französischen Presse eingehend besprochen. Die Blätter sprechen davon, daß der Gesundheitszustand Hitlers, der wegen eines Nervenzusammenbruchs plötzlich ein Sanatorium habe aufsuchen müssen, nicht mehr der beste sei. Der 'Matin' ist der Auffassung, daß Hitlers Stellung als Führer in der Nationalsozialistischen Partei mindestens ebenso stark erschüttert sei wie seine überangelegenen Nerven, denn man habe zum Stellvertreter Hitlers Georg Straßer ernannt, der bisher als der 'intimste Feind' Hitlers gegolten habe. Die Schriftleitung des 'Vorwärts' bemerkt dazu, daß diese Nachrichten aus dem Braunen Haus in München zwar als unrichtig bezeichnet würden, aber in Deutschland und auch anderswo sei das Dementieren so sehr zur automatischen Reaktion geworden, daß sehr viele Leute solche Dementis nur noch als fällige Befestigung der angeblich falschen Nachricht ansehen. So werde es wohl auch jetzt bei dem sein, die an Herrn Hitler schon längst beobachtete Zeichen von geistiger Schwäche wahrzunehmen sei. Inzwischen geht in der Pariser Presse das große Rätselraten über die Krise in der deutschen Nazi-Partei weiter. Einige Blätter, der 'Matin' an der Spitze, wollen sogar wissen, daß Hitler, der 'böhmische Geselle', einer Palastrevolution seiner Unterführer zum Opfer gefallen ist. In diesem Zusammenhang sei noch ein Geplär erwähnt, das Thomas Mann vor kurzem mit einem Mitarbeiter einer skandinavischen Zeitung führte. Das Geplär berührte auch politische Fragen. Aber seine Erklärung zur Hitlerbewegung und zum Antisemitismus erklärte Thomas Mann: 'An Hitler glaube er nicht, er halte ihn für einen Scharlatan. Er sei ja kein Germane, und in politischer Hinsicht als Spelatan minder Wert zu betrachten. In der Tiefe der deutschen Seele', so führte Mann weiter aus, 'sind Träume vorberogen, die mit dem gesunden Menschenverstand nichts gemein haben. Jeder Durchschnittsdeutsche träumt vom blonden Heiden, der seinen Stammesbaum direkt aus der Mythologie der Edda herleitet.' Auch der Antisemitismus in Deutschland stammt nach Thomas Manns Meinung aus deutschen Volksgläubigen. Alle Legenden und Märchen hätten den Boden geschaffen für das phantastische Geschwätz eines Hitler, der die Räder zum nordischen Menschen, die Vertreibung der Juden und die dadurch zu bewirkende Wiederverkehr der blonden Rasse predigt. Nach meiner Ansicht ist aber Blut ein schlechtes Mittel, um sich die Haare blond zu färben'. Den Nationalsozialismus bezeichnete Mann als ein Gemisch von allerlei alten und neuen Ideen, doch schle ihm Ehrlichkeit und Offenherzigkeit. Sollte Hitler für kurze Zeit zur Macht gelangen, so werde er bald gestürzt werden, und die deutsche Republik werde dann stärker dastehen. Zum Schluß erklärte Thomas Mann, daß er angustien der Wajen, die jetzt vom Antisemitismus ergriffen sind, auf die Wahrheit fürchbare Lage in Deutschland hinweisen müßte. Die Trei kroete das Volk auf allerlei Abwege. Die Erniedrigung durch Versailles und das herrschende Elend würden für eine Pogromtagung ausgenutzt. Doch werde der Antisemitismus in Deutschland verschwinden und einmal ganz vergessen werden. Vielleicht schwedete Thomas Mann bei dieser seiner Prophezeiung das Schicksal früherer antisemitischer Fanatiker vor, wie Alswarth, Liebermann von Sonnenberg, Schall und Konjorten! Als die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten den Höchststand erreicht hatte, begann der unauffaltfame Abstieg der antisemitischen Bewegung.

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den 'Korrespondent' möglichst nur durch Einzahlung auf das Postkontokonto Berlin NW Nr. 268 70

haste Befürchtungen gegen einen Auarfiekurs der Reichsregierung hervorgerufen. Infolgedessen wurden von der mitteldeutschen Exportindustrie Forderungen erhoben bezüglich der Wiederbelegung des Postens. Ebenso laufen die hanfsäbste Sturm gegen die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Papen. Die 'Germania', das Zentralorgan des Zentrums, richtete eine bemerkenswerte Mahnung an die Reichsregierung, in der betont wurde, daß 'ernste Gründe' beständen, 'die Unerschlichkeit der von der Reichsregierung beschworenen Verfassung mit feierlichem Nachdruck als die unantastbare Grundlage unserer weiteren politischen Entwicklung zu verfordern.' In Großhüringen wurde mit den Stimmen der Nazis, der Deutschnationalen und der Landbündler eine nationalsozialistische Regierung in zweiter Auflage gebildet, ungeachtet der schlechten Erfahrungen mit der früheren Friedrichsregierung. Der Dessauer Gemeinderat stimmte einem nationalsozialistischen Antrag auf Schließung des dortigen Bauhauses zu. Ein neuer Triumph des Kulturbolschewismus. Der österreichische Nationalrat hat mit 82 gegen 80 Stimmen den Einpruch des Bundesrats gegen den Lausanner Ansehungsvertrag verworfen. Damit ist Österreich in seiner politischen und wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit auf lange Jahre hinaus gesekelt.

Verbandsnachrichten
Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilüdnstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 2191, 3141 bis 3143. Bankkonto: Bank für Arbeit, Angestellten und Arbeiter, Berlin SW 61, Wallstraße 65. Postkontokonto Berlin Nr. 1023 97 (B. Schwelbitz).

Adressenberänderungen
Swinemünde: Albede - Springtor - Wüßron. Vorsitzender: R. v. d. Hüme er. Mahnerstraße 13.
Waldenborf: Kaiserer: H. v. d. Wollhard. Waldenborf-Ostler, Hundstafelstraße 11.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung
Gevemheim. Das Ortsgeleit an Durchreisende wird ab 1. September nur in der Wohnung des Dorfschreibers, 37, c. r. e. s. 24, Gevemheim, unter No. 18, am Alten No. 27, 187, nachmittags verabfolgt. Ein Vorkredit in der Drunderli ist unweilios. Die Haftkostenverwalter werden ersucht, die Durchreisenden darauf aufmerksam zu machen.

Verfallungsstalten
Ghemmü. Verfallung Sonntag, den 3. September, abends 7 Uhr, im Vereinslokal 'Italia', Sonnenwerk. 42.
Dresden. Verfallung Sonntag, den 3. September, abends 7 Uhr, im großen Saal des 'Volkshauses', Ribbenstraße 2.
Daußburg. Verfallung Sonntag, den 3. September, abends 7 Uhr, im 'Volkshauses', Saal 1.
Daußburg. Verfallung Sonntag, den 10. September, abends 8 Uhr, im 'Volkshauses', Nummer 4.
Stercorum. Verfallung Sonntag, den 17. September, abends 7 1/2 Uhr, im 'Volkshauses'.
Daußburg. Verfallung Sonntag, den 3. September, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant 'Zur Eiche', Große Flauenstraße 24.
Daußburg. Verfallung Sonntag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant 'Zur Eiche', Große Flauenstraße 24.
Flauen i. B. Verfallung Sonntag, den 4. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus 'Schillerparken', Panzerstraße 65.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 70
(31. August 1932)
Artikel: Unser Verband in schwerer Zeit. - Erwerbslosenwünsche und -bedürfnisse. - Wirtschaftslage des Deutschen Reichs.
Korrespondenzen: Breslau. - Dresden. - Essen (Dr.). - Freiburg i. Br. - Kassel/Lahnstein.
Mundstücke: Vom Zeitungsfreigangspapier. - Kulturrelais. - Der Buchhandel gegen Kulturraabens. - Industriekerleben infolge Naziterrors. - Persönliches über Adolf Hitler. - Kleine politische Zeitnotizen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die sieben gespaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 30 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art.
Welcher Buchdruckmeister in Leipzig
Anschluß meines 50jähr. Verbindungsalters und mit aus Stollgen und Freudenbeckeln von hier und auswärts zahlreicher Geschäftsführer, Wunne senden und Geschenke überbracht worden, daß ich nicht unentgeltlich kann, allen auch gleichmäßig zu danken. Dieser Dank gilt auch dem Gauvorsitz für das schöne Geschenk sowie dem Gauverband 'Gutenberg' und der Mühlgrube Weller für die freundschaftliche Mitteilung.
Flauen i. B., 27. August 1932. Gustav Rosbach.

Die Weiterleitung im Buchdruckgewerbe
Am 24. August verstarb unser lieber Kollege, der Ehrenmitglied
Johannes Siecke
aus Hamburg, im Alter von 73 Jahren.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Kollegen, der über 54 Jahre in vorbildlicher Treue unserer Organisation angehört hat.
Wer werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Gau Hamburg-Altona.

Schriften
Am 14. August verschied unser angesehener Schriftleiter in Stuttgart unser langjähriges Mitglied, der Stercorummitglied 508
Adolf Rheinbold
gebürtig aus Konstanz, 66 Jahre alt.
Wer werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Verleihung der Stercorumtypen- und Galvanoplastiker im Gau Württemberg.
Am 27. August verschied unser angesehener Schriftleiter der Schriftgießerverein
Ernst Butter
aus Rosolau, im Alter von 80 Jahren. 1871
Als Mitbegründer unserer Vereins nahm er in früheren Jahren stets regen Anteil an der Sparte. Er war uns übergeleit ein sehr lieber Kollege. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Dresden. Schriftgießerverein.

Verlag: Treubandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, O. m. b. G., Berlin SW 61, Dreilüdnstraße 5. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Helmholz, Berlin SW 61, Dreilüdnstraße 5. Anzeigenaufgaben für den 'Korrespondent': Berlin, Amt Bergmann 2191, 3141-3145. Druck: Buchdruckwerkstätte, O. m. b. G., Berlin SW 61, Dreilüdnstraße 5.